

Pressemitteilung

Friedensgutachten 2026 warnt vor einer Welt der Warlords

Berlin, 8. Juni 2026. Im heute auf der Bundespressekonferenz vorgestellten Friedensgutachten 2026 analysieren die vier führenden deutschen Institute für Friedens- und Konfliktforschung den Zerfall der internationalen Ordnung: Staaten missachten das Völkerrecht und wenden zunehmend Gewalt zur Durchsetzung ihrer Interessen an. Stützen der internationalen Friedenssicherung, wie die Vereinten Nationen und die Entwicklungszusammenarbeit, befinden sich in einer fundamentalen Krise. Gleichzeitig verändern neue Technologien Kriegsführung und Rüstungskontrolle. Die Forschenden schlagen Maßnahmen vor, die zu einer tragfähigen globalen Friedens- und Sicherheitspolitik beitragen.

In ihrem jährlichen Friedensgutachten kommen die Friedens- und Konfliktforscher*innen von bicc, IFSH, INEF und PRIF zu dem Ergebnis, dass sich militärische Gewalt als reguläres Mittel internationaler Politik etabliert hat: Sie beobachten, dass Regierungen wie staatliche Warlords agieren, die internationale Regeln missachten und Gewalt zur Durchsetzung politischer, ökonomischer und territorialer Interessen einsetzen. Die Dynamik und die Methoden der neuen Warlords zeigen sich besonders deutlich in den Interventionen der USA, Russlands und Israels, aber auch in den regionalen Machtprojektionen Pakistans, der Türkei, Äthiopiens oder der Golfmonarchien.

Um die aktuellen Gewaltdynamiken einzuhegen, soll Deutschland sich konsequent am Völkerrecht orientieren und seine Rolle in Europa nutzen, multilaterale Institutionen zu stärken und neue Allianzen für die Einhaltung von Regeln anzustoßen. Für die Sicherheit und Stabilität Deutschlands empfiehlt das Friedensgutachten 2026, resiliente Wertschöpfungsketten aufzubauen und digitale Souveränität anzustreben. Gleichzeitig soll die Politik antimuslimischen Rassismus ebenso wie Antisemitismus und andere Rassismen als gesellschaftliche Probleme ernstnehmen und Gegenmaßnahmen ergreifen.

Konflikte auf Rekordniveau: Machtpolitik der Golfstaaten verschärft Gewalt

Der Zeitraum zwischen 2021 und 2024 markiert die gewalttätigste Phase seit Ende des Kalten Krieges, so das Friedensgutachten 2026: Es wurden 61 bewaffnete Konflikte in 36 Ländern verzeichnet, an denen mindestens ein staatlicher Akteur beteiligt war. Gleichzeitig stieg die Zahl der weltweit Vertriebenen im April 2025 auf über 120 Millionen.

Das Friedensgutachten 2026 kommt zu dem Ergebnis, dass Staaten, wie etwa Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar, ihre Konkurrenzverhältnisse untereinander in Krisenregionen austragen. Sie treten hier oftmals gleichzeitig als Konfliktpartei und Vermittler auf. Diese Vermischung von Intervention und Mediation erschwert nachhaltige Friedenslösungen und verstetigt bestehende Konflikte.

Vereinte Nationen am Scheideweg: Reform oder Abstieg

Die Vereinten Nationen (VN) befinden sich in einer tiefen strukturellen Krise: Großmachtrivalitäten blockieren zentrale Entscheidungsprozesse, insbesondere im Sicherheitsrat. Gleichzeitig untergraben finanzielle Kürzungen und konkurrierende Politikformate die Autorität der VN. Dennoch

gibt es keine tragfähige Alternative zu der Organisation. Deshalb soll sich die Bundesregierung zusammen mit mittleren und kleineren Staaten für eine stabile Finanzierung und Reformen einsetzen.

Entwicklungszusammenarbeit als Schlüssel für nachhaltigen Frieden

Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und besonders die humanitäre Hilfe stehen wegen drastischer Kürzungen massiv unter Druck. Zugleich erweitert sich durch die Zunahme von Konflikten und den Klimawandel der Aufgabenbereich der EZ. Kürzungen internationaler Hilfe begünstigen die Instabilität fragiler Staaten und erschweren eine wirksame Prävention von Gewaltkonflikten, warnt das Friedensgutachten 2026. Die Forschenden empfehlen Deutschland, sich auf europäischer und internationaler Ebene für eine bessere Koordination und Wirksamkeit von EZ-Programmen einzusetzen.

Friedensübergänge nachhaltig gestalten

Das Friedensgutachten 2026 betont, dass Waffenstillstände allein keinen Frieden sichern. Nachhaltige Lösungen erfordern glaubwürdige Sicherheitsgarantien, völkerrechtskonforme Regelungen, einen kontrollierten Umgang mit Sanktionen sowie den Aufbau stabiler staatlicher Strukturen. Dies zeigen die Kriege in der Ukraine, Gaza und Syrien. Für einen stabilen Frieden ist von Bedeutung, dass Maßnahmen der Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration sowie des Wiederaufbaus früh in Verhandlungen berücksichtigt werden.

Neue Technologien verschärfen Rüstungsdynamiken

Technologische Innovationen wie Künstliche Intelligenz, autonome Systeme, Cyberfähigkeiten und Biotechnologie treiben globale Rüstungsdynamiken an und entziehen sich etablierten Formen der Kontrolle. Insbesondere KI beschleunigt militärische Prozesse und verstärkt Cyberangriffe sowie Desinformation. Neue Technologien bieten jedoch auch Chancen für eine verbesserte Rüstungskontrolle. Flexible und international abgestimmte Regulierungen sind deshalb nötig, um die internationale Sicherheit zu stärken.

Innerstaatlicher Frieden in Deutschland unter Druck

Das Friedensgutachten 2026 nimmt das politische Klima in Deutschland in den Blick und stellt fest, dass antimuslimischer Rassismus strukturell verankert ist und durch sicherheitspolitische Diskurse verstärkt wird. Antisemitismus ist in der deutschen Gesellschaft weit verbreitet und muss dort bearbeitet werden. Er darf nicht auf muslimische Gemeinschaften verengt werden, so das Friedensgutachten 2026. Demokratische Parteien sollen polarisierenden und rassistischen Diskursen in Feldern wie der Migrations- und Asylpolitik entgegentreten. Andernfalls fördern sie die Agenda autoritärer und rechtsextremer Parteien.

Pressekontakt

Dr. Ursula Grünenwald
PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung
E-Mail: presse@prif.org
Telefon: +49 69 959104-13

Zum aktuellen Friedensgutachten

Die zentralen Empfehlungen der deutschen Friedens- und Konfliktforschungsinstitute an die Bundesregierung sowie das vollständige Friedensgutachten 2026 mit ausführlichen Informationen, Zahlen und Einschätzungen finden Sie unter www.friedensgutachten.de.

Das Friedensgutachten erscheint im transcript-Verlag.
ISBN (Print): 978-3-8376-8360-8

ISBN (Open Access): 978-3-8394-7968-1

Veranstaltungen

Im Anschluss an die Bundespressekonferenz stellen die Institute das Friedensgutachten im Bundeskanzleramt, im Bundespräsidialamt, in den Ministerien und Fraktionen vor. Am 9. Juni ab 18 Uhr lädt die Evangelische Akademie zu Berlin zur Diskussion des Friedensgutachtens zu einem [Abendforum](#) in das Haus der EKD, Charlottenstr. 53/54, 10117 Berlin, ein. Informationen zu dieser und weiteren Veranstaltungen finden Sie auf der Webseite des Friedensgutachtens www.friedensgutachten.de.



Über das Friedensgutachten und die herausgebenden Institute

Das Friedensgutachten ist die jährlich erscheinende Publikation des Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc), des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen und des Leibniz-Instituts für Friedens- und Konfliktforschung (PRIF). Die führenden deutschen Friedens- und Konfliktforschungsinstitute analysieren darin seit 1987 aktuelle internationale Konflikte, zeigen Trends der internationalen Außen-, Sicherheits- sowie Entwicklungspolitik auf und geben klare Empfehlungen für die Politik. Interdisziplinäre Autor*innenteams arbeiten gemeinsam an den Kapiteln und bringen verschiedene Blickwinkel ein.

www.friedensgutachten.de

Bluesky: [@friedensgutachten.de](#)

#friedensgutachten

